

Grenziols Solar: Walliser Fata Morgana funktioniert nur mit Notrecht

Bereits gut einen Monat nachdem das Parlament in historischer Eile alle Beschwerden gegen Solarkraftwerke in den Alpen weggeräumt hat, zeigt sich: Es geht trotzdem nur mit Notrecht.

Publiziert: 22.10.2022, 23:00

Grenziols Solar – Walliser Fata Morgana funktioniert nur mit Notrecht



Für die neuen Solarkraftwerke braucht es eine Erneuerung der Hochspannungsleitung. Im Moment kann nicht einmal aller heute hergestellte Strom ins Mittelland gebracht werden. Im Bild der Daubensee auf der Gemmi.

Foto: Picswiss

Wenigstens einer ist und bleibt begeistert vom [grössten Solarprojekt der Schweiz](#): Armin Zeiter, Gemeindepräsident von Grengiols VS. Er geht nach wie vor davon aus, dass sein Projekt bis Weihnachten so weit ist, dass sein Dorf darüber abstimmen kann und zustimmen wird.

Der Grund für seinen Optimismus: Im Sommer, als es eine Konsultativabstimmung gab, stimmten 56 Einwohner dafür, nur 8 dagegen. Dass das Ergebnis wieder so deutlich ausfallen wird, ist angesichts der Aussichten auf die Solarzinsen und die Steuereinnahmen fast sicher.

Bodenmann macht Tempo

Weniger optimistisch ist Peter Bodenmann, der das Projekt seit Monaten propagiert und die Verantwortlichen wegen der schleppenden Umsetzung kritisiert. Der Ex-SP-Präsident und heutige Hotelier drescht wöchentlich in seiner «Weltwoche»-Kolumne mit Hochgenuss auf die Mitte-Vertreter ein, vor allem auf den Regierungsrat Roberto Schmidt, zuständig für die Energiepolitik seines Kantons, aber er schont auch Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga nicht.

Dass Bodenmann Tempo macht, das finden, ausser Schmidt, eigentlich alle Beteiligten gut, denn im Moment ist das geplante Grosskraftwerk nur eine Fata Morgana. Noch gibt es kein wirkliches Projekt, niemand weiss, was die Anlage am Ende kosten soll, wie viel Strom sie produzieren wird, wer zahlt, wer kassiert und vor allem: Es ist völlig unklar, wie der Strom, sollte er wirklich bis 2025 produziert werden können, vom Wallis in die Zentren des Mittellands gelangen soll.

Ewige Verfahren

Zuständig für die Hochspannungsleitungen, die dafür nötig sind, ist die Schweizer Netzgesellschaft Swissgrid. Diese versucht seit 20 Jahren im Wallis Hochspannungsleitungen zu bauen – mit wenig Erfolg.

Das Bewilligungs- und Genehmigungsverfahren des Bundes, das zwingend eingehalten werden muss, erfordert sechs Phasen. «Aktuell

beträgt die Dauer vom Projektstart bis zur Inbetriebnahme der betreffenden Leitung rund 15 Jahre. Einsprachen und Gerichtsurteile in einer späteren Phase führen allerdings immer wieder dazu, dass sich Projekte noch viel länger verzögern – und bis zu 30 Jahre dauern», schreibt Swissgird. Das hat Folgen: «Bereits heute müssen wir die Kraftwerksbetreiber regelmässig anweisen, ihre Produktion einzuschränken», sagt Sprecherin Sandra Bläuer.

Das heisst, schon ohne den geplanten neuerlichen Ausbau der Wasserkraft und ohne die geplanten Solarkraftwerke in Grengiols und Gondo bringt das Wallis seinen Strom nicht ins Mittelland. Nicht einmal das im September feierlich eingeweihte, milliardenteure Pumpspeicherkraftwerk Nant de Drance ist optimal nutzbar. Solange es billigen Importstrom gab, interessierte das niemanden. Jetzt aber, mit dem Strompreis auf Rekordhöhe und der drohenden Energiekrise im Winter, rächen sich die jahrelangen Verzögerungen.

Wenn aus der Walliser Fata Morgana Realität werden soll, braucht es darum dringend den Ausbau von zwei Starkstromleitungen: eine über die Gemmi in die Deutschschweiz. Die Spannung der Leitung soll von 220 kV auf 380 kV erhöht werden. Damit sie den Vorgaben punkto Lärm und Magnetfeldbelastung gerecht wird, sind bauliche Anpassungen nötig. Von Chippis bis Bickigen sind es 106 Kilometer, und es müssen laut Gesetz 294 der insgesamt 297 Masten angepasst werden. Es gab in der Folge 360 Einsprachen, die alle abgelehnt wurden, doch nun beschäftigen sich die Gerichte mit dem Fall, und unter normalen Umständen würde es noch Jahre so weitergehen.

Der Bund blockiert und handelt dann mit Notrecht

Dass es auch anders geht, zeigte der Bund im September. Am 30. September 2022 bewilligte der Bundesrat per Notverordnung, dass ganz einfach die alte Linie mit 380 kV betrieben wird. Das geht offenbar auch. Absurd ist, dass bereits Ende April wieder auf das alte Regime umgestellt werden muss. Dies, obwohl die Stromübertragung mit höherer Spannung viel effizienter ist.



Mit der Gemmi-Linie soll der Strom vom Wallis ins Mittelland kommen. Das Projekt ist seit 20 Jahren blockiert. Per Notrecht wird die alte Leitung für drei Monate aufgerüstet.

Quelle: Picswiss.ch

Eine zweite Linie braucht es Richtung Lausanne/Genf, von Chippis nach Mörel. Auch diese ist blockiert. Hier klemmt der Bund, bei dem das Gesuch, das eigentlich innert zweier Jahre behandelt werden muss, seit 2019 liegt. «Das Bundesamt für Energie hat das Bewilligungsverfahren für rund sechs bis neun Monate sistiert, damit Swissgrid zusätzliche Abklärungen vornehmen kann», sagt Swissgrid-Sprecherin Bläuer. Geschehen ist das im Frühjahr, als in der Ukraine bereits Krieg herrschte und die Energiekrise absehbar war.

Grund für die Verzögerung ist, dass der Kanton Wallis will, dass ein Teil der Leitung unter den Boden kommt, was viel teurer und aufwendiger ist als eine Freileitung. Zahlen müssten das die Stromkonsumenten im Mittelland. «Im optimalen Fall ist eine Inbetriebnahme der neuen 380-kV-Leitung Chippis–Mörel bis 2028 geplant. Im Falle von Einsprachen und Gerichtsverfahren verzögert sich die Inbetriebnahme um mehrere Jahre», so Bläuer.

Zwischen Chippis und Mörel soll eine neue 380-kV-Leitung entstehen. Diese ist nötig, damit die aus der

Walliser Wasserkraft stammende Energie vollumfänglich in die Zentren des Mittellandes und des Tessins gelangt.

Quelle: Swissgrid

Auf die Frage, ob denn damit nicht die Inbetriebnahme von Solarkraftwerken verunmöglicht werde, sagt Anetta Bundi vom Energiedepartement: «Sobald genauere Angaben zu den Solarkraftwerken verfügbar sind, werden die Bundesstellen selbstverständlich unverzüglich prüfen, wie das Stromübertragungsnetz rechtzeitig gestärkt werden muss. Derzeit ist der Realisierungszeitpunkt der alpinen Solaranlagen aber noch offen und ein notrechtliches Vorgehen daher ausgeschlossen.» Danach sei aber auch ein Vorgehen mittels Notrecht möglich.

Ständerat Beat Rieder, der mit dem Zürcher Ruedi Noser in Bern durchgesetzt hat, dass die Solarkraftwerke schneller gebaut werden können, sagt bitter: «In Birr wurde innert kürzester Zeit ein Ölkraftwerk, das enorme Mengen CO₂ ausstösst, bewilligt und geht bald ans Netz. Im Wallis hingegen, wo ein sauberes Solarkraftwerk gebaut werden soll, gibt es immer neue Hürden.»

SonntagsZeitung

Arthur Rutishauser ist Chefredaktor der Redaktion Tamedia und der SonntagsZeitung. In dieser Funktion ist er Mitglied der Geschäftsleitung von Tamedia. Der promovierte Ökonom war ursprünglich Wirtschaftsredaktor.[Mehr Infos@rutishau](mailto:Mehr_Infos@rutishau)

Fehler gefunden?[Jetzt melden.](#)